

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Montag (Nachmittag), 8. März 2021 / Lundi après-midi, 8 mars 2021

Grosser Rat / Grand Conseil

**9 2020.RRGR.265 Parlamentarische Initiative 198-2020 Kocher Hirt (Worben, SP)
Stärkung des Konkordanzsystems auf der Ebene des Präsidiums des Grossen Rates und der
Kommissionspräsidien
Beschluss über vorläufige Unterstützung (Art. 69 Abs. 3 GO)**

**9 2020.RRGR.265 Initiative parlementaire 198-2020 Kocher Hirt (Worben, PS)
Renforcement du système de concordance aux niveaux de la présidence du Grand Conseil
et des présidences des commissions
Décision sur le soutien provisoire (art. 69, al. 3 RGC)**

Präsident. Wir kommen zum Traktandum Nr. 9. Es handelt sich um eine parlamentarische Initiative von Grossrätin Kocher Hirt: «Stärkung des Konkordanzsystems auf der Ebene des Präsidiums des Grossen Rates und der Kommissionspräsidien». Es geht um den Beschluss über die vorläufige Unterstützung nach Art. 69 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO). Das Büro gibt zur Frage der vorläufigen Unterstützung keine Empfehlung ab. Ich gebe das Wort gleichwohl Martin Schlup, dem zweiten Vizepräsidenten des Grossen Rates.

Martin Schlup, Schüpfen (SVP), Sprecher des Büros des Grossen Rates. Es geht bei dieser parlamentarischen Initiative um die Stärkung des Konkordanzsystems auf den Ebenen des Präsidiums des Grossen Rates und der Kommissionspräsidien. Man will in den Artikel 20 einbringen, dass in einer Legislatur der Verteilung angemessen Rechnung getragen wird, und in den Artikel 29 das Gleiche, einfach für die Kommissionspräsidien. Für parlamentarische Initiativen entscheidet ja eigentlich eine Kommission vorher, ob diese vorläufig unterstützt wird oder nicht. Darüber stimmen wir übrigens hier jetzt dann auch ab – nicht über mehr und auch nicht über weniger. Ein Ausschuss des Büros des Grossen Rates hat dies abgeklärt. Ich kann diesbezüglich vorweg sagen – deshalb bin ich auch nach vorne gekommen –, dass es vielleicht nicht ganz einfach war. Der Ausschuss, der darüber bestimmt hat, bestand nur aus Männern. Ich muss diesbezüglich aber sagen, dass dies eigentlich auch wieder ein wenig in der Natur dieser Sache liegt, weil wir hier ja doch Fraktionen haben, bei denen die Frauen in der Mehrheit sind. Auch diese haben keine Frauen in die Kommission geschickt, hätten diese Möglichkeit ja aber gehabt. Vielleicht ein paar Stichworte, die dort gefallen sind: «Wir achten [...] darauf, solange es das Personal dazu gibt.» Oder: «Wir können uns [...] am Schluss auf die Schulter klopfen und sagen, wir haben etwas gemacht, aber es [nützt] [...] nichts.» Das sind so ein bisschen die Dinge, die genannt wurden. Deshalb hat das Büro des Grossen Rates darüber abgestimmt, dass wir hier keine Empfehlung abgeben, ob diese parlamentarische Initiative vorläufig unterstützt werden soll oder nicht.

Präsident. Ich gebe das Wort der Initiantin, Grossrätin Kocher.

Manuela Kocher Hirt, Worben (SP). Haben die Mitglieder in unserem Parlament alle die gleichen Chancen, ins Präsidium des Grossen Rates oder in ein Kommissionspräsidium gewählt zu werden? «Natürlich!», werden die einen sagen und denken: «Das ist ja klar.» Doch wie sieht es denn in der Realität aus? Nach der Einführung des Frauenstimmrechts 1971 dauerte es 15 Jahre, bis mit Margrit Schläppi-Brawand die erste Frau ins Grossratspräsidium gewählt wurde. Seit ihrer Wahl gibt es mit der laufenden Legislatur drei Legislaturen, in der keine Frau im Präsidium vertreten ist. Dafür gibt es zwei Legislaturen, in denen wir Geschlechterparität hatten, und sogar eine Legislatur mit drei Frauen. Das zeigt, dass die Vertretung von Frauen im Präsidium nicht immer gewährleistet ist und seit der Einführung des Frauenstimmrechts 20,8 Prozent beträgt. Das zeigt auch, dass sich Frauen finden lassen, die dieses Amt einnehmen wollen und gewählt werden wollen. Fazit: Frauen im Präsidium sind möglich, aber nicht verbindlich. Genau diese Verbindlichkeit möchten wir fördern. Denn:

Die Gleichstellung ist in der Verfassung des Kantons Bern (KV) in Artikel 10 festgehalten. Mann und Frau sind gleichberechtigt, auch in Bezug auf den Zugang zu Ämtern. Und in Absatz 2 steht, dass Kanton und Gemeinden die tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau *fördern*. Präzisiert wird die Umsetzung der Grundrechte auch in Artikel 27 der KV: «Wer öffentliche Aufgaben wahrnimmt, ist an die Grundrechte gebunden und trägt zu ihrer Verwirklichung bei.»

Nun: Wie ist der Prozess, damit eine Person in eines dieser Ämter gewählt wird? Es gilt das Vorschlagsrecht der Fraktionen und somit der Parteien; es liegt an ihnen, die interne Ausmarchung vorzunehmen und dem Grossen Rat eine Person zur Wahl vorzuschlagen. Es liegen somit also sehr viel Gestaltungsspielraum und Möglichkeiten bei den Parteien. Sie müssen sich nicht an Vorgaben halten und können uneingeschränkt eine Person aus der Fraktion vorschlagen. Bis jetzt. In der SP-JUSO-PSA-Fraktion sind wir uns dieser Verantwortung bewusst und haben klare interne Vorgaben. Für die Besetzung eines Amtes wird immer zwischen Mann und Frau abgewechselt; konsequent seit über 20 Jahren – sei dies für die Wahl ins Grossratspräsidium oder in die Kommissionen. So garantieren wir eine ausgewogene Vertretung der Geschlechter. Doch wie ist es bei anderen Parteien? Wie viele Frauen – und vor allem von welcher Partei – wurden seit der Einführung des Frauenstimmrechts ins Präsidium gewählt? Eine kurze Liste: BDP: 1 Sitz, 1 Frau. EVP: 2 Sitze, 2 Männer. FDP: 13 Sitze, 13 Männer. Grüne: 2 Sitze, 2 Frauen. Glp: 1 Sitz, 1 Mann. EDU: 1 Sitz, 1 Frau. SVP: 13 Sitze, 2 Frauen. SP-JUSO-PSA: 13 Sitze, 4 Frauen. Mit dieser parlamentarischen Initiative wollen wir die Verantwortung der Parteien diskutieren. Ist es korrekt, dass das Gesetz keine weiteren Vorgaben an die Parteien macht – oder wäre es nicht an der Zeit, die Geschlechtervertretung auch im Grossratsgesetz (GRG) festzuhalten, weil es uns wichtig ist, dass Männer und Frauen in den obersten Führungsgremien und in den Kommissionen ausgewogen vertreten sind? Das geht nur, wenn wir uns Gedanken darüber machen, wie und in welcher Form dies im Gesetz festgehalten werden soll. Angemessene Rechnung tragen – was könnte das bedeuten? Ist es eine paritätische Vertretung, weil im Kanton Bern mehr als eine Million Menschen leben und die Mehrheit davon Frauen sind? Oder ist es eine Variante, die den Frauenanteil im Grossen Rat widerspiegelt, heute 34,3 Prozent?

Daher bitte ich Sie sehr, der Ausarbeitung von Grundsätzen und eines Vorschlags durch eine vorberatende Kommission zu unterstützen. Wenn Sie heute dieser Initiative die vorläufige Unterstützung geben, senden wir als Grosser Rat das Signal aus, dass uns die Vertretung von beiden Geschlechtern wichtig ist und dass wir bereit sind, dies in irgendeiner Form in einer Gesetzgebung festzuhalten. Ein Richtwert oder eine Quote sind uns ja nicht fremd; wir haben solche Regulative im Aktienrecht als Zielvorgabe und bei den bundesnahen Betrieben bei der Besetzung von Verwaltungsräten. Wir müssen uns eingestehen: Eine angemessene Vertretung der Frauen in Führungsgremien ergibt sich nicht von alleine, und ich denke, dass wir hier im Grossen Rat mit gutem Beispiel vorangehen sollten. Ich freue mich auf die Diskussion und bis später.

Präsident. Diese Diskussion starten wir jetzt. Wir kommen zu den Fraktionen, als Erste die SP-JUSO-PSA-Fraktion. Es spricht Grossrätin Andrea Rüfenacht. (*Grossrätin Rüfenacht weist den Präsidenten darauf hin, dass sie als Mitunterzeichnende spricht. / La députée Rüfenacht informe le président qu'elle s'exprime en tant que cosignataire.*) Mitunterzeichnende, pardon.

Andrea Rüfenacht, Burgdorf (SP). Ich erzähle Ihnen etwas zu dieser parlamentarischen Initiative als Mitunterzeichnende. Liebe Kolleginnen und vor allem auch liebe Kollegen. «Die Grossratspräsidentin [...] leitet die Beratungen des Grossen Rates und vertritt den Grossen Rat im Kanton und ausserhalb des Kantons.» Das ist für mich der wichtige Punkt. Bei der Besetzung dieses Amtes ist es seit Jahren selbstverständlich, dass alle Fraktionen, die Sprachregionen speziell und die Regionen überhaupt im Wechsel einen Platz beanspruchen können und diesen nicht gerade immer, aber meistens sehr wohl auch erhalten. So ist ungefähr zur Hälfte dafür gesorgt – zur Hälfte dafür gesorgt –, dass *unterschiedliche* Personen den Grossen Rat gegen aussen mit ihrem Gesicht und mit ihrer Person repräsentieren. Seit längerer Zeit steht für die Besetzung dieses Amtes auch wirklich eine beträchtliche Anzahl von Frauen zur Auswahl. Meine Vorrednerin hat gerade gesagt, es seien bereits deutlich mehr als 30 Prozent. Theoretisch zumindest stehen diese zur Verfügung. Praktisch zeigt sich hier noch eine zu grosse Lücke. Das jetzige System ist noch nicht wirklich in der Lage, eine angemessene Vertretung der Frauen zu gewährleisten. «Die Forderung der politischen Gleichberechtigung der Frau ist keine Parteisache. Sie ist ein Postulat der Demokratie, [eine direkte Konsequenz] [...] der Erklärung der Menschenrechte.» Dies muss insbesondere auch dann gelten, wenn es um sogenannte sehr wichtige Ämter geht. Solange Frauen und Männer diese Ämter noch

nicht zu ähnlichen oder gleichen Anteilen besetzen, wird die Vertretung des Kantons Bern mit jeder weiteren Frau an der Spitze nur besser. Oder auch so: Grossratspräsidentinnen repräsentieren den Kanton Bern ja nicht vorherrschend besser, aber die Repräsentation des Kantons Bern an sich wird eben schon besser, wenn sie regelmässig durch eine Frau wahrgenommen wird. Das festigt ein Vorbild einer gemeinsamen Welt, an der im Grossen Rat gearbeitet wird und die durch das Präsidium dann auch gezeigt wird. Dazu sinken auch die bekannte übermässige Fokussierung und die häufig damit verknüpften übersteigerten Erwartungen an eine solche einzige Ausnahmefrau. Sie sinken auf ein immer noch beträchtlich hohes Niveau. Dieses darf für ein solches Amt aber auch hoch sein und so gefordert werden. Mit diesen zwei Ergänzungen sollen nicht zuletzt alle Mitglieder des Grossen Rates, insbesondere aber auch jene Personen, die in den Parteien und Fraktionen die Kandidaturen für die speziellen Ämter strategisch vorbereiten, und auch alle möglichen Kandidierenden regelmässig daran erinnert werden, dass die Vertretung der Berner Bevölkerung – und damit die Konkordanz – noch nicht erreicht ist und dass an diesem Punkt noch hartnäckig gearbeitet werden muss. Danke für Ihre vorläufige Unterstützung dieser Initiative.

Präsident. Dann versuche ich es noch einmal mit den Fraktionen; als Erster Grossrat Hannes Zaugg für die glp.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp). Bevor ich von den Initiantinnen jetzt dann gleich gedanklich geteert und gefedert werde: Hören Sie sich das Votum doch zuerst bis am Ende an. Diese parlamentarische Initiative ist eine Symptombekämpfung, ein Etikettenschwindel, und beruht auf einem fundamentalen Irrtum. Dass die Verteilung der Geschlechter in der Leitung dieses Rates und der Kommissionen nicht dem Anteil der Frauen in der Bevölkerung oder im Rat entsprechen, ist eine Tatsache, zumindest im Moment. Aber auch die Jungen sind nicht richtig vertreten. Oder die Alten. Oder einfache «Büezer» und «Büezerinnen». Es ist eben ein fundamentaler Irrtum, dass wir hier in diesem Saal das Volk repräsentieren. Wir repräsentieren nicht einmal die Stimmberechtigten. Wir repräsentieren im Grund nur jene, die auch wirklich wählen gehen. Es ist ein fundamentaler Irrtum, dass Frauen nur Frauen wählen und Männer nur Männer. Es ist – so leid es mir tut – sogar ein fundamentaler Irrtum, dass wir gewählt wurden, weil wir etwas können. Dass wir hier in diesem Saal zusammen debattieren können, hat sehr viel mit Zufall zu tun – selbstverständlich ein Zufall, der gesteuert werden kann. Gewählt wird man aber in der Politik, weil man bekannt ist, weil man den Kopf kennt, weil man im Moment in der richtigen Partei und am richtigen Ort ist, weil man laut schreien und andere auf sich aufmerksam machen kann. Es gibt Parteien, die einen leeren Kartoffelsack nominieren könnten, und er würde gewählt. Und es gibt Parteien, in denen wunderbar talentierte Frauen oder Männer oder * nicht an Positionen kommen, weil ein einziges Chromosom in diesem Moment und an diesem Ort und überhaupt gerade falsch ist. Ob jemand sich überhaupt aufstellen lässt und – falls die Wahl gelingt – dann auch Führungsaufgaben übernehmen kann, hat auch wieder mit Zufall und Sachzwängen zu tun. Wir haben es ja in der SAK aufzugleisen versucht, aber als es dann so weit war, hat es halt aus beruflichen Gründen dann doch nicht geklappt mit dieser Präsidentin, und schon war an der Spitze einer Kommission wieder ein Y zu viel anstelle eines X.

Ich kann die Argumente der Vorstossenden gut nachvollziehen. Ich verstehe ihr Beharren, ihre zunehmende Ungeduld. Ich habe mehrere Male selber erlebt, dass ich einen Job oder einen Auftrag nicht erhalten habe, weil ich ein Mann bin – einmal nach einem mehrmonatigen Prozess mit Assessment und allem. Ich fragte mich damals nach der Begründung schon ein bisschen, ob man nicht von Anfang an hätte merken können, dass ich genau dieses Chromosom eben *nicht* vorweisen kann. Wir können hier in diesem Saal versuchen, alles zu regulieren. Am Schluss liegt es immer am Stimmvolk, das dann wirklich an die Urne geht, oder an denjenigen, die gewählt werden. Wir müssen also die Gleichberechtigung aller – von Frauen und Männern, Jungen und Alten, von Menschen mit und vordergründig ohne Behinderungen, von Studierenden und Nichtstudierenden, von Gutverdienenden und «Hungerlöhnern» – viel tiefer angehen. Wir müssen diejenigen, die von der Politik betroffen sind, wieder mehr zu Beteiligten machen. Alle meine Argumente, die ich jetzt gebracht habe, sprechen eigentlich gegen eine vorläufige Unterstützung. Das Anliegen ist aber zu wichtig, um es nicht genauer zu untersuchen. Wir haben tatsächlich ein strukturelles Problem. Dieses beschränkt sich allerdings wie gesagt nicht nur auf die Bereiche, die diese parlamentarische Initiative regeln will. Ins vorberatende Gremium des Büros – es wurde gesagt – hat keine einzige Partei eine Frau delegiert. Im Büro wurde zumindest mein Antrag, keine Empfehlung abzugeben und die Debatte zuzulassen, angenommen.

Ich bleibe dabei: Diese parlamentarische Initiative ist auf den ersten Blick eine Symptombekämpfung, ein Etikettenschwindel, und beruht auf einem fundamentalen Irrtum. Trotzdem muss man sie vorläufig unterstützen, weil das Anliegen eben wichtig ist und einen zweiten Blick verdient. Wir müssen tatsächlich die Konkordanz stärken, aber nicht nur in Genderfragen und nicht nur in der Teppichetage dieses Rates. Lassen wir doch eine paritätisch zusammengesetzte Ad-hoc-Kommission nach wirklichen Lösungen suchen, welche die Konkordanz tatsächlich umfassend, auf allen Ebenen und mit greifbaren Instrumenten stärkt. Wer weiss: Vielleicht finden wir Lösungen, die weit über das hinausgehen, was die Initiative will, und die sie damit obsolet machen. Deshalb wird eine Mehrheit der glp diese Initiative vorläufig unterstützen. Und wer weiss: Vielleicht konnte ich jetzt die Minderheit trotz allem auch noch überzeugen.

Markus Wenger, Spiez (EVP). Wenn wir hier heute am internationalen Tag der Frau dieses Traktandum diskutieren, ist es der EVP ganz wichtig zu betonen, dass die Frauenförderung und die Partizipation der Frauen in unseren politischen Geschäften, in unserem politischen Alltag sehr wichtig ist. Wir haben auch einen gewissen Stolz, weil unsere Fraktion zu 50 Prozent aus Frauen und zu 50 Prozent aus Männern besteht. Wenn ich mich bei der Jungen EVP umsehe, wie unser Nachwuchs aussieht, dann bin ich ebenfalls erfreut darüber, wie viele junge dynamische Frauen sich dort entsprechend einbringen. Trotzdem unterstützt die Mehrheit der EVP-Fraktion die vorläufige Behandlung dieses Geschäfts nicht. Wir sind der Meinung, dass wir mit diesem Artikel entweder toten Buchstaben generieren, nämlich dann, wenn die Fraktionen genau gleich wie bisher Vorschläge machen und wir die Vorgeschlagenen wählen. Oder aber wir verursachen ganz speziell unnötige Zwänge, die im Wesentlichen die kleinen Parteien treffen werden, weil es gerade bei den Kommissionspräsidien in der Vergangenheit so war, dass die zwei grossen Parteien schon einmal angemerkt oder festgehalten haben, wo sie vertreten sein wollen. Und die kleinen Parteien, die noch ein Präsidium hatten, müssten ja in Zukunft quasi die nötigen Frauen liefern, wenn sie entsprechend ein Präsidium innehaben möchten. Also: entweder toter Buchstabe oder Ungerechtigkeit innerhalb des Parteienproporz. Deshalb sind wir der Meinung, dass wir das nicht weiterverfolgen können. Die Mehrheit lehnt es ab.

Beatrice Eichenberger, Biglen (Die Mitte). Dass es auf der Ebene Grossratspräsidium und Kommissionspräsidium eine möglichst ausgewogene Konkordanz – auch hinsichtlich des Geschlechts – geben sollte: Dieses Ziel haben wir von der Mitte-Fraktion auch. Dass es in Bezug auf die Gleichstellung auch noch viel Handlungsbedarf gibt, streiten wir ebenfalls nicht ab. Nur stimmt für uns der hier geforderte Lösungsansatz einfach nicht. Der Aufbau dieser Ausgewogenheit bei den Geschlechtern ist unserer Meinung nach Aufgabe der Parteien. Wir sind der Überzeugung, dass diesbezüglich jede Fraktion selber in der Pflicht ist, entsprechende Förderungen vorzunehmen. Zudem gibt es neben dem Geschlecht auch noch weitere wichtige Voraussetzungen, die stimmen müssen, um sich für eine Führungsfunktion in unserem Gremium zur Verfügung zu stellen. Es muss passen: zeitlich, beruflich und hinsichtlich vieler weiterer Faktoren. Wir sind geschlossen der Meinung, dass es im GRG keine Anpassungen braucht, und lehnen diese parlamentarische Initiative aus den genannten Gründen ab.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne). Hannes Zaugg warnte vor fundamentalen Irrtümern. Ich möchte etwas sagen, um vielleicht einem solchen fundamentalen Irrtum noch einmal vorzubeugen. In diesem Ausschuss, der sich mit dieser parlamentarischen Initiative befasst hat, hatte es tatsächlich nur Männer. Einer davon war ich, und ich kann Ihnen versichern: Es gibt auch Männer in diesem Ausschuss, die dafür gestimmt haben, dieser parlamentarischen Initiative die vorläufige Unterstützung zu gewähren. Eine ausgewogene Vertretung der Geschlechter ist ein Anliegen, das uns Grünen wichtig ist und am Herzen liegt – zum Beispiel in der Politik, auch in der Exekutive oder im Kader der Verwaltung; aber auch in der Wirtschaft, in den Verwaltungsräten der Unternehmen. Eine ausgewogene Vertretung der Geschlechter kommt eigentlich auch jedem Team zugute. Für uns ist es deshalb berechtigt und legitim, eine ausgewogene Vertretung der Geschlechter auch für das Grossratspräsidium und für den Kreis der Kommissionspräsidien anzustreben und einzufordern. Trotzdem hat diese parlamentarische Initiative in der grünen Fraktion auch kritische Bemerkungen ausgelöst. Ein Punkt war beispielsweise, dass die Formulierung der Initiative – «Vertretung *beider* Geschlechter» – weiterhin auf einem binären Geschlechterverständnis basiert. Wir hätten es den Initiantinnen eigentlich zugetraut, dass sie eine zeitgemässere oder sensiblere Formulierung hätten finden können. Es wäre einfach gewesen: statt «ausgewogene Vertretung *beider* Geschlechter»

einfach «ausgewogene Vertretung *der* Geschlechter». Aber dieser Mangel bei der Formulierung ist für uns kein Grund, dieser Initiative die vorläufige Unterstützung zu verweigern. Das Gremium, das diese Forderung vertieft prüfen soll, kann ja diesem Einwand auch noch Rechnung tragen. Damit bin ich schon bei einer anderen kritischen Bemerkung aus der grünen Fraktion: Wenn der Grosse Rat diese Initiative jetzt vorläufig unterstützt, eignet sich das Ratsbüro *wirklich* für die Prüfung dieses Anliegens und die Ausarbeitung einer Vorlage? Wir könnten uns auch vorstellen, dass sich die SAK damit befassen und das Anliegen vielleicht in einem breiteren Zusammenhang prüfen könnte. Aber natürlich gibt es auch Gründe, die Weiterarbeit diesem Büroausschuss oder dem Büro zu überlassen. So oder so wäre zu prüfen, wie man diese Forderung nach einer ausgewogenen Vertretung der Geschlechter mit der Vorgabe in Einklang bringen kann, die wir heute schon haben, nämlich eine ausgewogene Vertretung der Fraktionen zu berücksichtigen. Möglicherweise müsste bei der Besetzung der Kommissionspräsidenten etwas verändert werden, um dafür mehr Spielraum zu haben, zum Beispiel eine Verkürzung der Amtsdauer der Kommissionspräsidenten auf vier Jahre. Das gäbe mehr Spielraum.

Es ist wie gesagt für uns richtig und wichtig, dass die Suche nach einer ausgewogenen Vertretung der Geschlechter künftig mehr Gewicht erhält. Eine Formulierung im GRG, wie die Initiative sie anstrebt, könnte der nötige Stachel sein, der uns immer wieder daran erinnert, dass wir darauf achten müssen. Es liegt allerdings auch in der Hand der Fraktionen, und von diesen sollte gleichmässig beachtet werden, bei ihren Nominierungen für eine ausgewogene Vertretung der Geschlechter zu sorgen. Manuela Kocher Hirt hat aufgezählt, welche Fraktionen beim Grossratspräsidium bereits wie dafür gesorgt haben – oder *nicht* dafür gesorgt haben. Ich möchte nur wiederholen: Die Grünen haben bis jetzt zwei Mal eine Grossratspräsidentin gestellt, also eine Frauenquote von 100 Prozent erreicht. Wir haben sozusagen eine weisse – oder grüne – Weste. Deshalb darf es vielleicht beim nächsten Mal zur Abwechslung schon ein grüner Mann sein. Die grüne Fraktion stimmt der parlamentarischen Initiative zu.

Carlos Reinhard, Thun (FDP). Ich hatte Freude am Votum von Hannes Zaugg, an der Konsequenz daraus, an der Entscheidung, dann weniger. Markus Wenger hat es eigentlich auch gut auf den Punkt gebracht. Die FDP will der Vorlage, dass man es weiterhin prüft, nicht zustimmen. Warum? Das hat nichts damit zu tun, dass wir die Dominanz der Männer ausbauen wollen. Wir sind überzeugt davon, dass das Parlament genug alt ist usw., dies unter sich auszumachen. Es enthält zu viele Zwänge, die es geben könnte. Wir haben es gehört: Man will die Regionen, man will die Sprachen – jetzt will man das Geschlecht; plötzlich kommt noch die Partei usw. Es gibt einfach plötzlich so Kombinationen, die dann vor allem die kleineren Parteien oder diejenigen, die am Schluss auswählen können ... Diese müssen dann diese Quoten erfüllen. Als nächstes kommt auch noch dazu: Wenn ich mit Frauen spreche, sagen mir viele: «Ich möchte nicht einfach wegen des Geschlechts oder wegen der Sprache einen Sitz oder eine Funktion übernehmen, sondern weil ich es will und qualifiziert bin.» Das ist auch unsere Haltung der Eigenverantwortung. Wir wollen dem Parlament die Eigenverantwortung lassen, diese Personalplanungen untereinander, unter den Fraktionen – sei das im Büro oder unter den Fraktionspräsidenten – so zu gestalten, dass es für alle stimmt. Deshalb lehnen wir das ab.

Katharina Baumann-Berger, Münsingen (EDU). Wir haben jetzt schon viel gehört, viele Argumente dafür und dagegen. Eines der ganz zentralen Stichwörter, das ich gehört habe, ist: «Im Team arbeiten wir sehr gut zusammen, wenn wir ausgewogen miteinander unterwegs sind – Frauen und Männer.» Für die EDU-Fraktion ist die Geschlechterzusammensetzung hier im Ratspräsidium aber zweitrangig. Ob man von einer fixen oder ausgewogenen Quote reden will: Wir raten davon ab. Es würde viel zu sehr prägen und die Fraktionen einengen. Ja, aktuell haben wir drei Männer, die das Präsidium hier innehaben. Die EDU-Fraktion könnte sich aber durchaus auch eine Konstellation mit drei Frauen vorstellen. Den richtigen Weg innerhalb der verschiedenen Fraktionen zu finden – das haben wir ja schon oft gemerkt –, ist gar nicht so einfach. Wichtig ist aber, dass die Fraktionen zum entsprechenden Zeitpunkt diejenige Person zur Wahl vorschlagen dürfen, welche die besten Voraussetzungen für dieses Amt bietet. So vertrauen wir auf gute Lösungen und eben auch auf eine gute Zusammenarbeit als Team – egal, ob Frau oder Mann. Das Gleiche zählt für uns auch bei den Kommissionspräsidenten: Wir brauchen gute Frauen und wir brauchen gute Männer. Und wenn wir es so angehen, dann kommt es auch gut.

Präsident. Für die Fraktion SP-JUSO-PSA: Grossrätin Christine Blum.

Christine Blum, Melchnau (SP). Erst vor 50 Jahren haben wir das Frauenstimmrecht hier in der Schweiz eingeführt. Jetzt, 50 Jahre später, ist die Vertretung der Frauen im Grossen Rat immer noch nicht repräsentativ. Anstatt 50 Prozent oder mehr Frauen sind es eben erst 35 Prozent, und es ist gleich wie in der Wirtschaft: Die Leitungsgremien sind noch weniger repräsentativ; dort fehlen noch mehr Frauen. Deshalb verstehen wir das Anliegen der Initiantinnen gut, und wir verstehen, dass sie diesen Weg einer parlamentarischen Initiative beschreiten wollen. Sie sind der Meinung, dass der Grosse Rat mit der Ergänzung von Artikel 20 Absatz 4 direkt auf die Gleichstellung der Frauen in diesen Gremien und somit auch auf die Geschäftsleitung des Grossen Rates Einfluss nehmen könnte. Wir geben den Initiantinnen recht, dass es stossend ist, dass in dieser Legislatur keine einzige Frau im Grossratspräsidium vertreten ist. Deshalb unterstützen wir auch die Ergänzung in Artikel 29 Absatz 3a. Es besteht wirklich Handlungsbedarf in unserem Kanton Bern, damit die Mehrheit der Bevölkerung auch in den Führungsgremien des Grossen Rats anteilmässig besser vertreten ist. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion gibt die vorläufige Unterstützung einstimmig. Und wir würden gerne noch anregen, da es ja nur um eine *vorläufige* Unterstützung geht: Man könnte doch mit dieser Unterstützung auch ein gutes Zeichen zum heutigen internationalen Tag der Frau setzen.

Präsident. Bevor ich das Wort der letzten Fraktionssprecherin gebe, ein Aufruf: Wenn es noch Einzelsprechende gibt, bitte melden Sie sich jetzt an, damit wir abschätzen können, wann wir den Regierungspräsidenten für die nächsten Geschäfte aufbieten können. Das Wort für die SVP-Fraktion gebe ich Grossrätin Barbara Josi.

Barbara Josi, Wimmis (SVP). Die Initiantinnen begründen ihren Vorstoss damit, dass die Mehrheit der Bevölkerung in den Gremien des Kantons Bern anteilmässig besser vertreten sein muss. Weiter beklagen sie, dass die Frauen im Grossen Rat eine Minderheit darstellen, obwohl sie im Kanton Bern in der Mehrheit sind. Gleichzeitig wird festgehalten, dass diese Tatsache verschiedene Ursachen hat, auf die der Grosse Rat in vielen Fällen nur indirekt einwirken kann. Die SVP-Fraktion ist der Ansicht, dass der Grosse Rat weder direkt noch indirekt Einfluss auf die Zusammensetzung hat und dass dies auch nicht mit den geforderten Ergänzungen dieser Artikel geändert werden kann. Die Wahlen sind ein wichtiger politischer Entscheidungsprozess, in dessen Rahmen die Personen beider Geschlechter – oder verschiedener Geschlechter – gewählt werden können. Wie schlussendlich die Zusammensetzung des Parlaments aussieht, weiss man erst nach den Wahlen. Auch wenn die aktuelle Zusammensetzung der Präsidien gemäss Initiantinnen nicht dem aktuellen prozentualen Frauenanteil des Grossen Rates entspricht, wissen wir ja, dass dies auch schon anders war. Und wer weiss? Vielleicht wird das nach den nächsten Wahlen auch wieder anders sein. Die SVP setzt sich generell für die Gleichberechtigung von Frau und Mann ein, auf konkrete und wirksame Art und Weise. Gestern haben wir etwas für die Frauen gemacht. Auch wenn heute der internationale Frauentag ist, konnte sich die SVP-Fraktion nicht dazu durchringen, eine weitere Prüfung zu unterstützen.

Präsident. Dann kommen wir zu den Einzelsprechenden. Grossrätin Zybach ist Einzelsprecherin und Mitunterzeichnende. Sie hat das Wort.

Ursula Zybach, Spiez (SP). Wir haben es vorhin gehört: Es ist der internationale Tag der Frau, und es ist nicht lange her, da haben wir die 50 Jahre Frauenstimmrecht gefeiert und gefeiert und gefeiert. Wenn wir aber ehrlich sind, waren wir ja schon ein bisschen spät damit, das Frauenstimmrecht hier in der Schweiz einzuführen – oder nicht wir, sondern die Männer von damals. Wenn man nachschaut: Im Kanton Bern gibt es 527 000 Frauen und 508 000 Männer – das heisst: ein bisschen mehr Frauen als Männer. Bei den Grossrätinnen – wir haben es vorhin schon gehört – sind wir etwa bei einem Drittel auf zwei Drittel. Das ist in den letzten Jahren auf dem gleichen Niveau geblieben. Die Forderung, die wir hier in diesem Dokument stellen, ist eigentlich recht klar. Was mich überrascht, ist, dass wir vom Büro keine schriftliche Antwort erhalten haben. Sonst erhalten wir nämlich immer Rückmeldungen und Texte, zum Beispiel mit einer Ausgangslage, mit Überlegungen, vielleicht auch mit kritischen Punkten, die man bedenken müsste. Ich finde, es ist eine verpasste Chance des Büros, dass sie uns im Vorfeld nichts Schriftliches gegeben haben. Aber eben: Vielleicht kommt dies auch daher, dass 15 Männer und 4 Frauen im Büro sind und die Grundlage für die Antwort, die hier gekommen ist, bilden.

Wenn wir uns sagen, dass die Frauen rein rechnerisch ja überall die gleichen Chancen haben – und

gehen wir davon aus, dass alle Frauen etwa gleich stark, gleich gut sind im Führen, Leiten oder was auch immer es braucht –, dann müssten wir eigentlich in der Verteilung hier im Grossen Rat ganz natürlich jedes dritte Jahr eine Grossratspräsidentin haben, und wir müssten bei den Kommissionen, die wir haben, ungefähr drei – vielleicht auch mal zwei – Präsidentinnen haben. Wenn man es anschaut, sieht man, dass wir in vielen vergangenen Jahren wirklich Männer hatten, dass wir auch jetzt wissen, dass es in den nächsten zwei Jahren ebenfalls Männer sein werden und dass es eine lange Zeit gibt, in der sich eben überhaupt nichts natürlich entwickelt hat. Und deshalb denke ich, dass es Sinn macht, hier eine Struktur zu schaffen, um darüber nachzudenken. Es ist ja nicht so, dass man es dann gleich vorschreiben würde, sondern es ginge darum – das hat Alt-Grossratspräsident Hannes Zaugg richtig gesagt –, dass man sich zuerst einmal in einer Kommission Gedanken machen würde, wie das denn aussehen könnte und integriert würde. Es wurde hier vorne mehrmals moniert, dass die Gruppe, die das Geschäft für heute vorbereitet hat, auch nur aus Männern bestanden habe; zum Beispiel auch aus der SP-Fraktion. Diesbezüglich möchte ich einfach klar festhalten: Wir machen seit Jahren alles paritätisch; so war ich damals Grossratspräsidentin, jetzt wird dann bald ein Grossratspräsident der SP nachrutschen, und die nächste – bei uns – wird wieder eine Grossratspräsidentin sein. Wir wechseln wirklich immer ab, sofern es möglich ist. Manchmal ist es nicht möglich, und ich glaube, das würde diese Regelung, einer ausgewogenen Vertretung von Frauen und Männern angemessenen Rechnung zu tragen – was ja gefordert ist –, wirklich problemlos zeigen.

Ich möchte noch kurz auf meine Zeit als Grossratspräsidentin zurückkommen. Ich war ja in einer Legislatur Grossratspräsidentin, ... *(Der Präsident bittet die Rednerin, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'oratrice de conclure.)* ... in der es zwei Frauen hatte. Ich wurde immer wieder darauf angesprochen und es wurde gesagt, es sei toll, dass eine Frau komme, in welchem Umfeld auch immer, weil es auch andere Möglichkeiten gibt. Ich fordere Sie auf, hier wirklich Ja zu stimmen. Denn: Was würde ein Nein bedeuten? Dass Sie nicht einmal *prüfen* wollen, ob wir eine angemessene Vertretung haben möchten. *(Der Präsident bittet die Rednerin erneut, zum Schluss zu kommen, und weist sie darauf hin, dass sie nun schon dreieinhalb Minuten lang gesprochen habe. / Le président demande encore une fois à l'oratrice de conclure et l'informe qu'elle a déjà parlé pendant trois minutes et demie.)* Ich ging als Mitunterzeichnende eigentlich von fünf Minuten aus. – Gut, also: Stimmen Sie doch einfach Ja! *(Heiterkeit / Hilarité)*

Präsident. Wir kommen zur Beschlussfassung. Es sind keine Rednerinnen und Redner mehr eingeschrieben. Wir befinden über die parlamentarische Initiative 198-2020 von Grossrätin Kocher Hirt, Stärkung des Konkordanzsystems auf der Ebene des Präsidiums des Grossen Rates und der Kommissionspräsidien. Wir beschliessen über die vorläufige Unterstützung. Wer diese parlamentarische Initiative vorläufig unterstützt, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2020.RRGR.265)

Vote (2020.RRGR.265)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 65

Nein / Non 85

Enthalten / Abstentions 1

Präsident. Sie wollen diese parlamentarische Initiative vorläufig nicht unterstützen, mit 85 Nein- zu 65 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung.